

Mündlicher Bericht

des Ausschusses für das Besatzungsstatut und
auswärtige Angelegenheiten
(7. Ausschuß)

über den Antrag der Fraktion der Deutschen Partei
- Nr. 2709 der Drucksachen -

betr. Regelung von irregulären Besatzungsschäden.

Berichterstatte:r:
Abgeordneter Erler

Antrag des Ausschusses:

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die Bundesregierung wird ersucht, baldmöglichst den von ihr angenommenen Umfang der Werte mitzuteilen, die durch die alliierten Mächte seit dem Betreten deutschen Bodens dem deutschen Volksvermögen entzogen worden sind, und zwar
 - a) durch formgerechte und irreguläre Requisitionen, durch Kontributionen (Pauschzahlungen) sowie durch Besatzungsschäden,
 - b) durch Entnahmen zu Reparations- und Restitutionszwecken (auch im Ausland),
 - c) durch Entmilitarisierungsmaßnahmen,
 - d) durch andere Entnahmen, z.B. als Beute.
2. Die Bundesregierung wird ersucht, eine gemeinsame Denkschrift der Bundesministerien der Finanzen, für Wirtschaft und für Auswärtige Angelegenheiten vorzulegen, die sämtliche seit Betreten deutschen Bodens durch die alliierten Besatzungsmächte in der Bundesrepublik und Westberlin entstandenen voraussichtlichen Verluste des deutschen Volksvermögens enthält, und zwar durch Maßnahmen der zu Nr. 1 a bis d erwähnten Art.
3. Die Bundesregierung wird ersucht, mit den alliierten Mächten Verhandlungen mit dem Ziele zu führen, daß diese Entnahmen als deutsche Leistungen zu Gunsten der alliierten Mächte anerkannt werden.

Bonn, den 30. Januar 1952

Der Ausschuß für das Besatzungsstatut
und auswärtige Angelegenheiten

Dr. Schmid (Tübingen)

Vorsitzender

Erler

Berichterstatte:r